

# BLICKPUNKT

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Nr. 03

Dezember 2017

Jahrgang 46

Seit 1995 unverändert

## Gewerbesteuer muss endlich erhöht werden!

Eine wichtige Einnahmequelle für alle Städte und Gemeinden ist die Gewerbesteuer. Aber gerade mal 30 Prozent der Gewerbetreibenden in Heidenheim (Voith, Hartmann, Schwenk...), sind noch von der Zahlung dieser Steuer betroffen. 1995 wurde sie letztmals erhöht.



Seit Jahren versucht die DKP, aber auch SPD und Linke, mit einem Antrag, diese Steuer zu erhöhen. Der Antrag wurde immer von einer großen Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt.

Was aber jedes Jahr geschieht, ist die Erhöhung von Gebühren, z.B. der Kindergartengebühren. Um mehr Geld in die Stadtkasse zu bekommen, soll jetzt noch die Grundsteuer B erhöht werden. Dies wird viele Mieter finanziell treffen, weil die Hausbesitzer diese Erhöhung auf die Mieter abwälzen können und werden.

Bei dieser unterschiedlichen Entwicklung bei den kommunalen Steuern zeigt sich deutlich, so DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, dass in Heidenheim Vermögen besonders geschont wird.

OB Ilg, CDU + Freie Wähler:



Für die kleinen Leute raufsetzen!

DKP-Stadtrat Reinhard Püschel:

## Wir brauchen eine andere Politik!

### Das muss sich ändern!

- o Mangel an bezahlbaren Wohnungen.
- o Rasant ansteigende Mieten.
- o 2,7 Millionen Jugendliche wachsen in Deutschland in Armut auf.
- o Finanziell angeschlagene Krankenhäuser.
- o Abgasskandale.
- o Verspätungen und Zugausfälle im Bahnverkehr.
- o Die Reichen werden immer reicher, weil sie ihre Gelder steuerfrei in Finanzoasen verstecken können.

Entnommen aus der schriftlich vorliegenden Haushaltsrede.

**Wir wünschen allen Leserinnen  
und Lesern  
schöne Feiertage und  
einen guten Rutsch  
ins neue Jahr  
2018.**

**Frieden,  
Freiheit,  
Solidarität**



# Wohnen ist ein Menschenrecht

Der soziale Wohnungsbau wurde jahrelang vernachlässigt. Immer weniger Geld wurde für den Erhalt zu Verfügung gestellt. In Baden-Württemberg laufen in diesem Jahr bei rund 3000 Wohnungen die Mietpreisbindungen aus. Danach werden die Mieten rasant ansteigen. Für Menschen mit geringeren Einkommen wird das zu einem großen Problem werden, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Eigentliche Aufgabe von Bund, Länder und Kommunen ist aber die Wohnungsversorgung für Alle zu gewährleisten. Niemand darf auf die Straße gesetzt werden, weil er die erhöhte Miete nicht mehr bezahlen kann. Nach Pressemeldungen sollen in Heidenheim dutzende Jugendliche auf der Straße leben müssen, weil sie keine „Bleibe“ mehr haben. Das darf nicht sein! Deshalb fordert die DKP, dass die Stadt Heidenheim sich stärker in den sozialen, kommunalen Wohnungsbau einbringt.



## Aufruf: Abrüsten statt Aufrüsten!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

**Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde**

Dieser Aufruf wurde von über 80 Personen wie z.B. Franz Alt, Frank Bsirske, Margot Käßmann, Konstantin Wecker, Udo Lindenberg, Jürgen Grässlin, Gesine Schwan unterschrieben.

## DKP-Grundlagen für Wohnungspolitik.

- o Vergabe von städtischem Grund und Boden nur in Erbpacht.
  - dadurch kostengünstiger Wohnungsbau möglich.
  - Stadt bleibt Eigentümerin von Grund und Boden.
- o Neubauprojekte müssen 30 Prozent sozialen Wohnungsbau beinhalten.
- o Stopp der Privatisierung von öffentlichem Wohneigentum.
- o Leerstand von Wohnungen verbieten.
- o Einstig in den sozialen Wohnungsbau.



## Friedensbündnis ICAN erhält Friedensnobelpreis

Was Atomwaffen anstellen können, wurde klar, als die USA diese Waffen in Hiroshima und Nagasaki ausprobierten. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN ist ein mut machendes Signal. Ohne dieses im Jahr 2007 von der IPPNW ins Leben gerufene organisatorische Dach von mittlerweile 468 Organisationen in mehr als 100 Ländern hätte es wahrscheinlich nicht den mit großer Mehrheit erfolgten UNO-Beschluß zur Ächtung der Atomwaffen gegeben. Die Rüstungsgegner organisieren Kampagnen, Demonstrationen und Mahnwachen: ICAN globalisierte den Kampf gegen die Atomwaffen. Der UNO-Beschluß zur Ächtung der Atomwaffen wurde erst im Juli 2017 von 122 Staaten gefasst. Neun Staaten mit Atomwaffen, darunter die USA und Deutschland, lehnen den Vertrag ab. Zusammen horten sie 15 000 Sprengköpfe. Der Anti-Nuklearpakt verbietet u.a. den Einsatz, die Entwicklung, den Besitz und die Lagerung von Atomwaffen.



Armut auch in Heidenheim.

## Wie lange wollen wir noch darüber schweigen?

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Knapp 20 Prozent der Menschen in Deutschland drohen Armut und soziale Ausgrenzung, das entspricht etwa 16 Millionen Bürger. Dies teilte das Statistische Bundesamt mit.



Laut einem Pressebericht in der Heidenheimer Zeitung vom 28.10.17 sollen in Heidenheim mehrere Dutzend Jugendliche auf der Straße leben, weil sie keine Bleibe mehr haben. Nach Auffassung der DKP ist das ein Armutszeugnis für die Stadt.

Während in „Leuchttürme“ wie FCH, Opernfestspiele und Klotzbauten Millionen Gelder investiert werden, hat man keines mehr für die sozialschwachen Menschen.

Mit einem „Armutsbericht“ der sich mit diesem Thema tiefgreifend befassen könnte, bekäme die Stadt einen genauen Überblick. Er wird vom Oberbürgermeister Ilg kategorisch abgelehnt. Der DKP-Antrag wird nicht mal dem Gemeinderatsgremium zur Diskussion vorgelegt.

Die erforderlichen Daten, um solche Statistiken zu erstellen, liegen nicht vor; so OB Ilg. Dafür sei ja der Landkreis zuständig.



In vielen anderen Städten gibt es Armutsberichte. Warum nicht in Heidenheim? Hat man Angst vor dem Ergebnis? Angst damit ein schlechtes Image zu bekommen?

## „Hansegispass“ muss verhindert werden!

Die Stadtverwaltung plant, eine Verbindungsstraße zwischen Osterholz und Hansegisreute zu bauen. Geplant ist auch ein neues Baugebiet am „Kleinen Bühl“, was wohl ein Grund sein dürfte, warum die Stadt die Verbindungsstraße wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Um die Idee der Straße bürgerfreundlich zu machen, soll auch der Fuß- und Radweg erneuert werden. Dazu, so der VCD-Heidenheim, sei die Straße aber viel zu steil. Viele Bewohner bzw. Anlieger sehen die beabsichtigte neue Straßenverbindung sehr kritisch.

### Die Zerstörung unserer Natur nimmt zu.

Einen Grund um sich gegen den Hansegispass zu wehren sieht die DKP darin, dass damit ein tiefer Einschnitt in Wald und Heidefläche erfolgen wird.

Das Insektensterben würde sich vergrößern. Motten, Wespen oder Schmetterlinge sind als wichtige Bestäuber von Wild- und Naturpflanzen naturnotwendig und auch als Beutetiere für Vögel sind sie wichtig.

Laut einer Studie sollen nach dem Ausbau über 5000 Autos pro Tag mehr auf der Römerstraße unterwegs sein. Die neue, breit ausgebaute Straße wird zur Rennstrecke, verbunden mit zunehmenden Verkehrslärm und Luftverschmutzung. Für die Anwohner unerträglich. Zu leiden hätten auch die vielen Kinder, die auf dem Weg zur Schule oder Kindergarten, vom Verkehr betroffen sind. Bei der Veranstaltung des VCD am 14. November wurde klar, dass alle betroffene Bewohner zusammenstehen müssen um diese unsinnige und kostentreibende Verkehrsplanung zu verhindern.

### Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung  
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten  
Veröffentlichungen kosten Geld!  
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!  
DKP Heidenheim

**IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03**

**BIC: SOLADES1HDH**

Kreissparkasse Heidenheim

# Mehr Geld – weniger arbeiten

Zur Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie

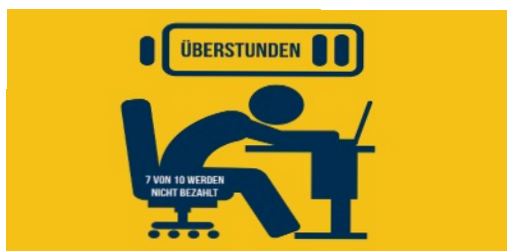
Die Forderung nach deutlich mehr Gehalt ist berechtigt.

Die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie machen gute Umsätze und die meisten auch satte Gewinne. Viele Unternehmen sind fast voll ausgelastet und überall wird über den Mangel an Facharbeitern geklagt, der die termingerechte Auftragserfüllung gefährdet. Dadurch sind die Chancen relativ gut, einen schnellen Lohnabschluss zu erzielen.

Es wird die Inflationsrate ausgleichen, ob es noch eine «Umverteilungskomponente» geben wird, muss die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten zeigen.

Fast 34 Jahre nach dem großen Streik in der Metall- und Druckindustrie zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche wird endlich wieder über eine Änderung von Arbeitszeit verhandelt.

Heute schon sind es Berge von Überstunden und sogar unbezahlten Arbeitsstunden, die Menschen anhäufen. So sind keine zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen.



Aber die gestellten Forderungen sind nicht der nötige Weg. Der von der IG-Metall-Spitze vorgesehene Ansatz greift bei weitem zu kurz. Denn die Arbeitszeiten sollen leider **nicht kollektiv** und **dauerhaft**, sondern **nur individuell** und **vorübergehend** herabgesetzt werden. Für maximal zwei Jahre sollen Beschäftigte von 35 auf bis zu 28 Wochenstunden reduzieren und danach zur 35-Stunden-Woche zurückkehren können. Und das in der Regel auf eigene Kosten.

Nur für besonders belastete Beschäftigte will die IG Metall einen Entgeltzuschuss aushandeln.

Sicher: Beschäftigte haben unterschiedliche Wünsche und Interessen. Aber solche Differenzierungen gab es auch früher schon.

Für Gewerkschaften war es dennoch stets entscheidend, kollektive und zugespitzte Forderungen zu entwickeln und gemeinsam durchzusetzen. Die Individualisierung tariflicher Regelungen schwächt die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit.

Es braucht die kollektive Verkürzung der Arbeitszeiten – freilich bei vollem Lohnausgleich, denn sonst können sich viele Kolleginnen und Kollegen diese schlicht nicht leisten.

Die kollektive und möglichst radikale Verkürzung der Arbeitszeiten wäre auf die kommenden Entwicklungen eine wirkungsvolle gewerkschaftliche Antwort.



## Her mit der 30 Stunden-Woche für ALLE !

### Verantwortungslose Ausreden von RWE Staatliche Aufsicht muss eingreifen!

Im AKW Gundremmingen werden seit Jahren Spaltelemente eingesetzt deren Hüllrohre bei der Qualitätskontrolle durchgefallen sind, die aber irrtümlich nicht als Schrott ausgeschleust sondern weiterverarbeitet wurden. Die Ausrede des AKW Betreibers RWE, dass ja in den Jahren nichts passiert sei, ist verantwortungslos.



RWE als Betreiberkonzern vom AKW

Gundremmingen hat das Problem verschwiegen. Nachdem es jetzt öffentlich wurde, verstieg sich der Atomkonzern zu einer skrupellosen Ausrede:

**Bisher sei ja durch die fehlerhaften Spaltelemente nichts passiert.**

Was würde wohl mit einem Autofahrer geschehen, dem vorgehalten wird, dass er eine nicht den Qualitätsanforderungen gerechte Bremse eingebaut hat und der dann antwortet: „Alles unproblematisch, ich musste ja keine Vollbremsung machen“?

Der Betrieb des AKW Gundremmingen ist genehmigt aufgrund der von RWE vorgelegten Sicherheitsnachweise. Und diesen Sicherheitsnachweisen liegen Berechnungen zugrunde, die von der anforderungsgerechten Qualität der Teile ausgehen.

Wenn diese Teile diese Anforderungen nicht erfüllen, sind die Sicherheitsnachweise hinfällig.

Die staatliche Atomaufsicht muss sofort einschreiten!